



125 Ausgaben von „stadt im werden“ liegen nun vor. Aus den zu Beginn monatlich herausgegebenen 4 hektographierten Seiten im DIN A4 Format ist eine 8seitige Druckausgabe geworden, die diesmal „groß herauskommt“. Der Grund ist einfach: Wieder einmal steht eine Wahl vor der Tür. Wie schon so häufig seit der Nr. 1 vom 4. Dezember 1969 werden Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, sich zwischen den de-

mokratischen Parteien zu entscheiden. Meine persönliche, dringende Bitte ist: Nutzen Sie dieses Wahlrecht.

„stadt im werden“ hat von Anfang an Positionen bezogen, Wahrheiten -

auch unangenehme - öffentlich gemacht und Informationen über unsere Stadt geboten. Viele „nebenamtliche Redakteure“ haben das Blatt gestaltet, viele Helferinnen und Helfer die Zustellung besorgt. Ihnen allen wünsche ich auch weiterhin bei der Arbeit viel Spaß, einen sicheren Instinkt für das Interessante und ein Gespür für journalistisches „Fair-Play“.

Heinz Lunte, Bürgermeister

Bürgerversammlung der CDU in Kloster Oesede

Am 25. 1. 1994 hatte der Ortsverband Kloster Oesede zu einer Bürgerversammlung in die Gaststätte Rottmann eingeladen. Unter der Leitung von Georg Daudt stellte sich der Ortsverband den Bürgern. Die Resonanz war, gemessen an früheren Veranstaltungen, sehr gut, so erschienen 34 interessierte Bürger, wobei die Teilnahme von 12 Frauen positiv zu vermerken ist. Dieses war sicherlich nicht zuletzt auf den Gast des Abends, **Irmgard Vogelsang**, MdL und Kandidatin für die Landtagswahl am 13. März 1994 zurückzuführen.

Irmgard Vogelsang tritt für Familienleistungsausgleich, statt Familienlastenausgleich ein. Familien müßten nicht unterstützt, sondern gerecht für ihre große soziale Leistung in unserer und für unsere Gesellschaft behandelt werden. Erste Schritte auf diesem Wege seien der Erziehungsurlaub sowie die Anerkennung der Erziehungs- und Pflegeleistungen in der Rente, wobei Irmgard Vogelsang für die „sofortige stufenweise Einführung der Pflegeversicherung“ plädierte. „Wir dürfen nicht stillschweigend hinnehmen, wie diese überfällige soziale Leistung von der SPD hinausgezögert oder verhindert wird“, erklärte sie.

Irmgard Vogelsang ging auf die überzogenen Reglementierungen und Bürokratisierungen im Zusammenhang mit der Umsetzung vieler Gesetze ein. Beispielhaft setzte sie sich mit dem Niedersächsischen Kindertagesstättengesetz auseinander.

Auch bei personellen Ausstattungsstandards schreibe, so Irmgard Vogelsang, das Land ein Minimum vor und überlasse dann Trägern und Kommunen die Finanzierung. Im März 1990 hätte die SPD im Landtag noch die 100%ige Übernahme aller Personalkosten als Selbstverpflichtung für die Zeit nach dem

Wahlsieg bezeichnet. In der Regierungsverantwortung seien die 100% aber auf 20% zusammengeschmolzen. Gleichzeitig habe man den monatlichen Beitrag von 50,00 DM für die Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung stillschweigend gestrichen.

Alex Warner ging auf den steigenden Wohnungsbedarf ein, wies aber auch auf die Erschwernisse durch Ausweisung von Ersatzflächen für neu zu erschließendes Bauland hin. Dieser bildet einen festen Faktor für die Kostensteigerung.

Olaf Tietze als Vorsitzender der JU Georgsmarienhütte gab in einem kurzen Abriß die Arbeit der JU wieder. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß politisches Interesse der Jugend (u. a. Erstwäh-

Hornhues bei der AKU: „Erfolgreich praktizierter Umweltschutz“

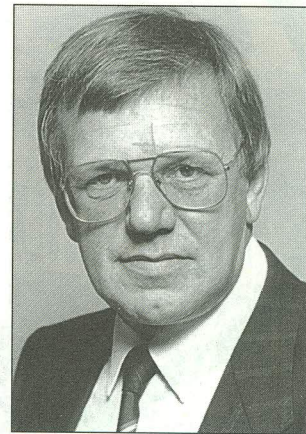
Über die Aufgaben der „Akademie für Kommunalen Umweltschutz“ (AKU) informierte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hornhues (CDU) bei einem Besuch in Georgsmarienhütte. Im Vordergrund eines Gespräches mit dem Leiter der AKU, Dr. Hermann Herold, und dem Dezernenten für Umweltfragen beim Landkreis, Wilhelm Niemann, standen eine Reihe von Projekten, die in nächster Zeit realisiert werden sollen.

Dazu gehören nicht nur Vorhaben vor Ort wie das Regenwasserförderungsprogramm, sondern auch Kooperationen mit Städten und Regionen im osteuropäischen Raum, beispielsweise ein deutsch-ungarisches Kooperationsprojekt „Umweltschutzorientierter Wissens- und Technologietransfer“ im Raum Pest. Diese Maßnahme soll helfen, die wirtschaftliche und umweltpolitische Annäherung Ungarns an EG-Standards voranzubringen.

Für den vielfältigen „Öko-Service“ der AKU fand der Abgeordnete an-

ler) besteht. Es bedarf jedoch Basisarbeit, um Wege der möglichen politischen Betätigung aufzuzeigen. Und dann gab es da noch eine Schelte durch die Vereine: Sie fühlen sich vernachlässigt. Es fehlt an geeigneten Sozialräumen und das Hallenangebot könnte besser sein. Diese Probleme müssen von der CDU weiter vertieft werden, auch ohne Blick auf Wahltermine. Georg Daudt schloß die Versammlung mit der Bitte, in jedem Fall der Wahlaufforderung zu folgen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist erforderlich, um extreme Minderheiten auch als solche in der Minderheit darzustellen. Nur so kann jeder Wähler seinen Beitrag zur inneren Sicherheit, dem Bedürfnis eines Jeden, leisten.

Lothar Steffens



erkennende Worte: „Die Akademie ist ein gutes Beispiel für praktischen und bürgernah durchgeführten Umweltschutz. Wichtig ist vor allem die Zusammenarbeit mit mittelständischen Unternehmen insbesondere in Georgsmarienhütte, die von der Beratung und den Programmen profitieren. Die Fachtagungen der AKU helfen, planerische Defizite bei der praktischen Arbeit abzubauen.“ Konzepte wie „Büro-Ökologie“, „Windenergien in den Kommunen“ oder „ökologisches Bauen“ können so erfolgreich umgesetzt werden. Hornhues: „Das Angebot der AKU ist in seiner Breite einmalig, es bietet viele Chancen.“

**BAUUNTERNEHMEN
HEIN**

Brüsseler Straße 1
49124 Georgsmarienhütte
Telefon (05401) 487-0
Telefax (05401) 487-499

Günter Druck GmbH

Grafik **Schauenroth 13**
Fotosatz **49124 Georgsmarienhütte**
Offsetdruck **Telefon 05401/5381**

Forderungen der CDU-Georgsmarienhütte zur Verbesserung des ÖPNV

- Die Verkehrsbetriebe (Überlandbusse und Stadtwerke) sollen Zeitkarten anbieten, die vom Preis her wirklich zu deren Kauf (und dann auch zu ihrer Benutzung) einladen. Leider sind bislang in vielen Fällen die Einzelfahrkarten attraktiver als die Zeitkarten! Ein Feiertag in der Woche macht z. B. die Wochenkarte teurer als die Einzelkarten. Im Dezember ist die Monatskarte im Berufsverkehr teurer als es die Einzelkarten sind.
- Die Verkehrsbetriebe sollten auch in den Überlandbussen Mehrfahrtenkarten anbieten – so wie es sie z. B. im Osnabrücker Stadtverkehr gibt –, bei denen der Fahrpreis gegenüber dem Einzelfahrschein deutlich reduziert ist. (In Hannover zahlt man pro Fahrt z. B. bei dem Kauf einer 6er Karte nur DM 2,16 gegenüber DM 3,00 beim Kauf einer Einzelkarte.)
- Die Gültigkeit der Zeitkarten sollte von der Bindung an Kalendermonate und Kalenderwochen losgelöst werden. Es muß Monatskarten geben, die z. B. vom 7. des einen Monats bis zum 6. des Folgemonats gültig sind, Wochenkarten, die z. B. von Donnerstag bis Mittwoch gültig sind.
- Es sollten Zeitkarten eingeführt werden, die sowohl in den Bussen der Überlandlinien (KOS) wie in den Bussen der Osnabrücker Stadtwerke Gültigkeit haben. Ohne solche Verbundkarten bleibt der Bus im Berufsverkehr unattraktiv.
- Es sollten in allen Stadtteilen Verkaufsstellen für Zeitkarten für die Überlandbusse und auch für die Busse der Stadtwerke eingerichtet werden. An allen Bushaltestellen aber auch in den Zei-

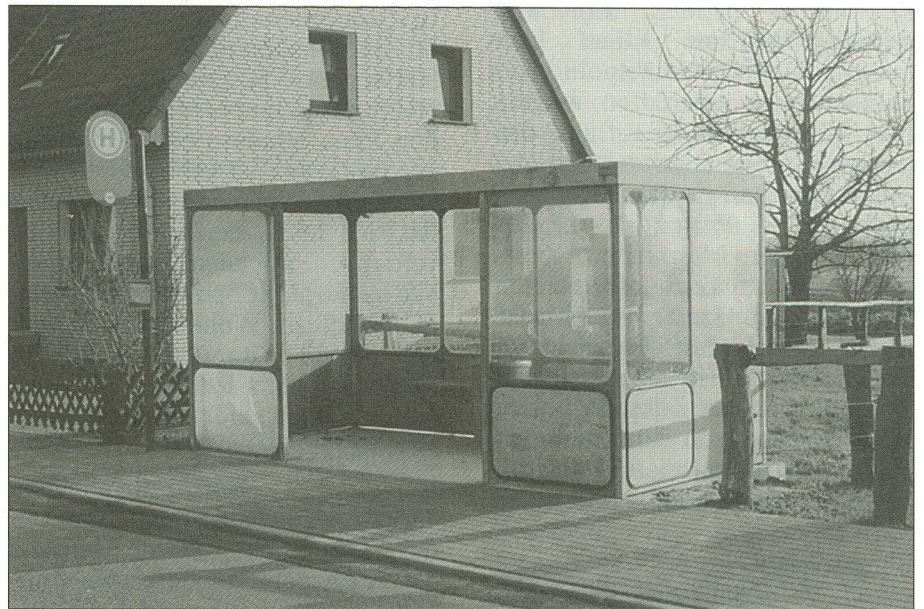
tungen müßte auf diese Verkaufsstellen hingewiesen werden.

- Die Stadtverwaltung sollte mit den Verkehrsträgern wohngebietsbezogene Fahrplanübersichten erarbeiten und diese in den Wohngebieten verteilen. Auf diesen Blättern sollten auch die Fahrkartenpreise und die Verkaufsstellen für Zeitkarten vermerkt sein.
- Die Verkehrsträger sollten in den Verkehrsspitzenzeiten z. B. einen engen Taktverkehr zwischen Oesede und Osnabrück anbieten. Dafür sollten Parkmöglichkeiten im Zentrum von Oesede und in Oesede zwischen Wellendorfer Straße und Teutoburger-Wald-Straße geschaffen werden. Solange keine Umgehungsstraße in Oesede-Süd gebaut wird, stände das Gelände zwischen Wellendorfer Straße und Teutoburger-Wald-Straße

(unterhalb Opel-Viere) für einen solchen Parkplatz zur Verfügung.

- Das in Osnabrück gültige Umweltticket sollte erweitert und als Zonenkarte auf das Umland ausgedehnt werden.
- Die Linie 404 sollte generell über die Haltestelle Lortzingstraße geführt und gleichzeitig im Bereich Polizei/Möbel Meyer eine neue Haltestelle eingerichtet werden.
- Im Bereich Alt-Georgsmarienhütte sollte die Linie 404 an Samstagnachmittagen und Sonntagen als Anruf-Sammel-Taxi (AST) eingerichtet werden, um so auch zu diesen Zeiten den dortigen Anwohnern die Möglichkeit des ÖPNV zu bieten.
- Die Bushaltestellen sollten mit aus den Bussen heraus gut lesbaren Haltestellen-Namens-Schildern versehen werden.

Diether Stonjek



Preisfrage: Wo befindet sich diese Haltestelle?

Ein großes Anliegen der CDU ist fast erreicht. Der **Schmutzwasserkanal** in den Straßen Am Harderberg und Am Kamp, der im Einzugsbereich des Harderberger Brunnens liegt, ist bald vollendet.

Leider läßt der **zweite Kreisverkehr** in Harderberg noch auf sich warten. Finanzknappheit in Bund und vor allem Land Niedersachsen verzögert den Umbau der Kreuzung an der alten B 68. Christian Köhne



**HORST
MÜLLER
BAUGESCHÄFT**

Weidenstraße 13 · 49124 Georgsmarienhütte
Telefon 0 54 01 / 5 93 47

**Elektro
Hagemann**

Parkstraße 10
49124 Georgsmarienhütte
Telefon (0 54 01) 25 89

- Kundendienst
- Elektro-Installation
- Einbruchmeldeanlagen
- Kabelfernseh-anlagen

Christian Wulff: Wählen Sie uns! Wir werden sofort handeln!

Sich **hohe Ziele** zu setzen, ist eine Eigenschaft derjenigen, die viel geben wollen, geben können, aber auch von anderen viel verlangen. **Christian Wulff, der CDU-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten** in Niedersachsen gehört dazu. Sein **Sofortprogramm**, das er nach der Wahl am 13. März 1994 durchsetzen will, ist ein hohes Ziel. Aber es ist auch **bitter notwendig für unser Land**, das durch die orientierungslose Politik der jetzigen Regierung in unsicheres Fahrwasser geraten ist.

Die Wirtschaft stärken -

Arbeitsplätze sichern

Unternehmensneugründungen schaffen Arbeitsplätze. Die Unternehmen sind aber nur zu Investitionen, zu Risiken bereit, wenn diese kalkulierbar bleiben. **Ein wirtschaftsfreundliches Klima** kann nicht mit der Schaukelpolitik der letzten Jahre geschaffen werden. Die Rückbesinnung auf die ordnungspolitische Idee der Sozialen Marktwirtschaft, die Freiraum braucht und Verantwortung fordert, um den Menschen Arbeitsplätze und damit Zukunft zu bieten, ist notwendig. **Der Kern der Marktwirtschaft ist der Mittelstand.** Dieser muß bei der Umstrukturierung auf Technologien der Zukunft, bei der Neugründung von Unternehmen, bei der Ausbildung und Fortbildung der Mitarbeiter unterstützt werden.

Bürger schützen -

Kriminalität bekämpfen

Die Präsenz der Polizei muß erhöht werden. **Bürgerinnen und Bürger müssen sich sicher fühlen.** Dazu bedarf es einer Verbesserung der Ausstattung der Polizisten, einer Entlastung der Polizei von sicherheitsfremden Tätigkeiten und Verwaltungsarbeiten und auch einer Straffung der Strafprozesse.

Verbrecher mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begegnen zu können, verlangt auch den Einsatz verdeckter Ermittler und die Möglichkeit, Gespräche unter Verbrechern zur Vorbereitung neuer Straftaten abhören zu können.

Umwelt bewahren -

moderne Technologien nutzen

Die Umwelt kann nur mit einem Gesamtkonzept geschützt werden. Wenn modernste Müllverbren-

nungsanlagen in unserem Land geschaffen werden, braucht keine Energie mehr für den Mülltransport über weite Strecken, zum Beispiel nach Holland, aufgewendet zu werden, und niemand muß Angst haben, daß Giftstoffe des dort verbrannten Mülls wegen niedrigerer Sicherheitsstandards per Luftfracht zu uns zurückkehren.

Wer Kernkraftwerke verhindert, aber nichts für eine Reduzierung des Energieverbrauchs tut, belastet die Umwelt mit hohem CO₂ Ausstoß und die Wirtschaft mit hohen Kosten. **Energie-Mix für Niedersachsen** erlaubt auch eine Subventionierung der Nutzung der Windenergie und der Förderung des Anbaus erneuerbarer Rohstoffe.

Wohnungsnot bekämpfen

In Zusammenarbeit mit den Kommunen soll das viel zu knappe Baulandangebot ausgeweitet werden. Nicht der Schutz der Natur um jeden Preis, sondern eine **Abwägung der Interessen** ist geboten. Die Zahl der fehlenden Wohnungen hat sich in Niedersachsen nahezu verdoppelt. Vor allem Problemgruppen haben große Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Der private Wohnungsbau soll erleichtert und der soziale Wohnungsbau öffentlich gefördert werden.

Schulden verringern -

Bürokratie abbauen

Trotz der höchsten Einnahmen in der Geschichte Niedersachsens wurde der Schuldenberg immer höher. Ursache dafür ist auch die **aufgeblähte Bürokratie.**

Die Zahl der Ministerien wird verringert, personalaufwendige Gesetze werden abgeschafft, Verwaltungseinrichtungen werden zusammengelegt und die Zahl der Landesämter reduziert.

Frauenpolitik gestalten

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß stärker gefördert werden. Die Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst ist beispielhaft auszugestalten. **Förderpläne für Frauen** sollen bisherige Defizite ausgleichen.

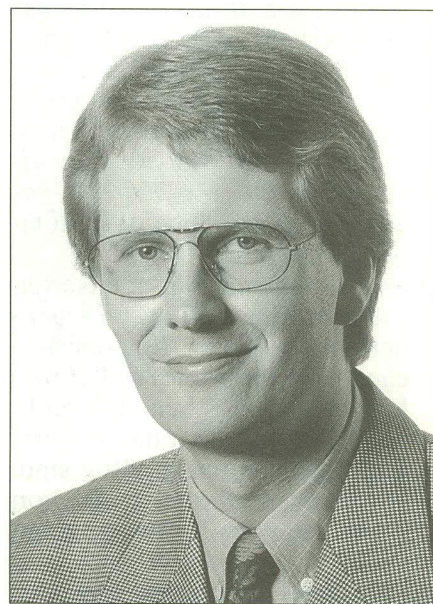
Die Kinderbetreuung muß verbessert werden. Dazu dient ein Landesprogramm „Tagesmütter“, um eine häusliche oder wohnungsnaher Betreuung zu gewährleisten.

Qualifizierte Ausbildung sichern

Die Sicherung der Unterrichtsversorgung durch mehr Stellen für Lehrerinnen und Lehrer ist ein erster Schritt, der durch den Abbau der Privilegien erleichtert wird.

Die **humane Leistungsschule** wird an die Stelle der Gesamtschule treten. Ein begabungsgerechtes Bildungssystem kann den Erziehungsauftrag am ehesten unterstützen.

Die **Nähe zur Praxis** soll auf allen Ebenen vertieft werden. In der Berufsschule ebenso wie in der Fachhochschule und in den zu fördernden Berufsakademien.



Christian Wulff

Und was macht nach dem 13. 3. 94 der neue Ministerpräsident?

Christian Wulff setzt dieses Sofortprogramm sofort um. Das hat er bei den Besuchen der Menschen an ihren Arbeitsplätzen deutlich gemacht. Immer wieder hat sich Christian Wulff informiert, sich in Problemgebieten kundig gemacht und in allen Diskussionen seine Vision unseres Landes Niedersachsen entworfen. **Mutig, ehrlich, klar** vertritt er die Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Bei seinen letzten Besuchen in unserer Stadt erwies sich Christian Wulff als ein kompetenter Gesprächspartner für die Unternehmer und als sozial engagierter CDU-Politiker, dem die Sicherung der Arbeitsplätze am Herzen liegt.

Klaus W. Kafsack

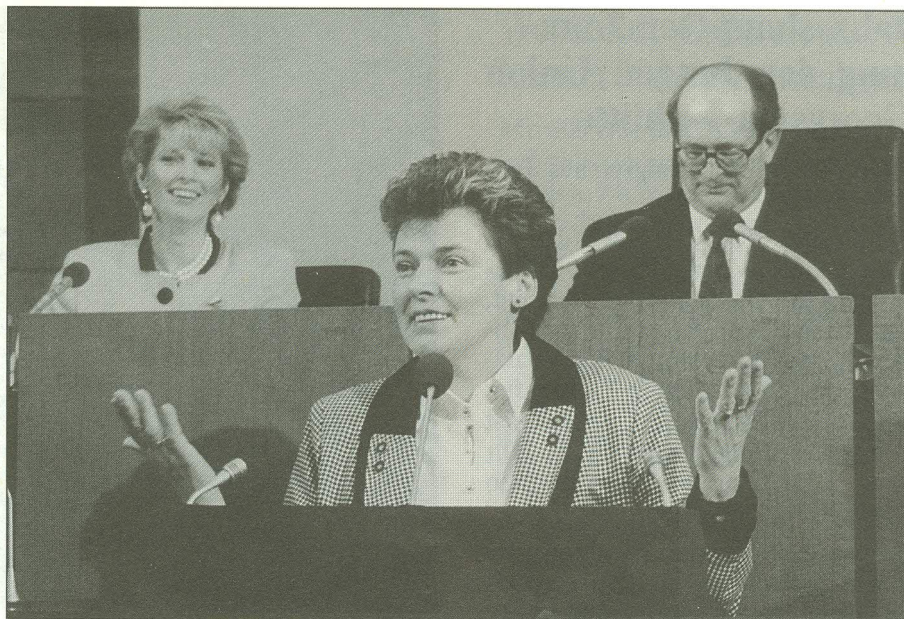
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Seit vier Jahren vertrete ich die Stadt Georgsmarienhütte im Niedersächsischen Landtag, in dem ich mich schwerpunktmäßig in den Bereichen Familien-, Frauen- und Schulpolitik engagiert habe.

Stark veränderte Familienstrukturen (Kleinfamilien und Alleinerziehende, verstärkte Erwerbstätigkeit beider Elternteile, zunehmende Lebenserwartung) und sinkende Bereitschaft zu gesellschaftlichem und ehrenamtlichem Engagement erfordern verantwortungsbewußtes und weitsichtiges Handeln der Politik. Partnerschaftliches Miteinander in Familie, Beruf und Öffentlichkeit heißt unsere Maxime, die aber die Gleichwertigkeit von Arbeit im Beruf wie bei der Erziehung und Pflege von Familienangehörigen erfordert. In Elternhaus und Schule wird die Richtung geprägt, in die sich unsere Gesellschaft entwickelt.

Neben diesen gesamtpolitischen Zielen bemühe ich mich in besonderer Weise um die **Anliegen des Wahlkreises 85 - Georgsmarienhütte**. Lassen Sie mich dieses an einigen Beispielen deutlich machen: Parteiübergreifend waren die Initiativen zum Erhalt der Arbeitsplätze in der **Georgsmarienhütte GmbH**. In wie starkem Maße jedoch mittelständische Unternehmen aus der Region durch das Vergleichsverfahren betroffen waren und Unterstützung z. B. durch Landesbürgschaften brauchten, wurde in Hannover wohl erst deutlich, als eine Gruppe betroffener Mittelständler auf meine Initiative hin im Ministerium Gespräche führen konnte.

Landesgesetze und Verordnungen, übertriebene und unnötige Reglementierung und Verbote gefährden immer stärker unsere **Klein- und Mittelbetriebe** und damit Hunderte von Arbeitsplätzen. So hat das Land eine Verordnung erlassen, nach der nur noch solche Bauvorhaben vom Land unterstützt werden, bei denen auf die Nutzung von PVC-Bauteilen verzichtet wird. Damit werden viele Arbeitsplätze unserer Region gefährdet, die z. B. **PVC-Fenster** herstellen oder verarbeiten. Über Initiativanträge im Landtag haben wir bislang vergeblich versucht, den Wirtschaftsminister zur Unterstützung der Betriebe zu verpflichten. Ich werde nicht locker lassen, um im Verbund mit betroffenen Fir-



Engagiert, kämpferisch, frisch und ein wenig frech, keinesfalls verbissen setzt sich die CDU-Abgeordnete Irgard Vogelsang im Landtag für die Menschen unserer Stadt ein!

men nach Kräften für einen Verzicht auf das faktische PVC-Verbot zu arbeiten.

Immer wieder mußte ich in den vergangenen vier Jahren gegen rot-grüne Streich- und Veränderungskonzerte arbeiten:

Der **Kleinbetrieben** bislang zur Verfügung stehende Innovationsstand auf der **Hannovermesse** wurde gestrichen, die Unterstützung von Jung-Unternehmen für den Besuch von **Auslandsmessen** erheblich beschnitten. Obwohl es sehr schwierig war, konnten hier „kleine Erfolge“ erzielt werden.

Die **Wohnbauförderrichtlinien** wurden derart verändert, daß kaum eine bauwillige Privatperson noch in den Genuß der Fördermittel kam – wenn doch einmal, dann nach überlangen Warte- und Hinhaltezeiten, von denen häufig auch kinderreiche und junge Familien betroffen waren. Dennoch konnte ich in Härtefällen etliche Male wesentlich zu einer Beschleunigung beitragen.

An vielen Schulen des Wahlkreises war die **Unterrichtsversorgung** so desolat, daß die Pflichtstundenzahl nicht mehr gegeben werden konnte. Durch Einzelinitiativen konnten in Teilbereichen erhebliche Verbesserungen erreicht werden.

Das im Landkreis Osnabrück erprobte und bewährte System der **„Koordinatoren/rinnen in Sozialstationen“** sollte von Rot-Grün gestrichen werden. Nicht zuletzt durch meine Initiative erkannte man im Sozialministerium die Zweckmäßigkeit einer Koordination von professionellen und ehrenamtlichen

Hilfen und bewilligte der Sozialstation Oesede eine solche Koordinatorenstelle.

Als schwerer Verhandlungsbrocken stellt sich die geplante Strukturveränderung der Inneren Abteilung des **Stadtkrankenhauses** zur Abteilung mit **geriatrischer Akutversorgung und die Ergänzung um geriatrische Rehabilitation incl. Tagesklinik** dar. Obwohl bereits 1991 aus dem Sozialministerium positive Stellungnahmen kamen und die Stadt zur zwischenzeitlich längst erfolgten Klärung der leistungsrechtlichen Voraussetzungen aufgefordert wurde, wartet das Diakonische Werk ebenso wie die Stadt selbst noch immer auf den endgültigen Bescheid. In rot-grün-regierten Kommunen geht dieses offensichtlich erheblich schneller: Nicht einmal ein Jahr hat es gedauert, daß der Sozialminister der Stadt Osnabrück bewilligte, das **Bundeswehrkrankenhaus** für geriatrische Zwecke zu übernehmen.

Drückt sich Hannover davor, vor den Wahlen eine Entscheidung bekanntzugeben? Eine Einladung des Bürgermeisters zum Besuch im Georgsmarienhütter Krankenhaus hat der Sozialminister „auf einen späteren Zeitpunkt“ verschoben, obwohl er Anfang Februar zu Wahlkampfveranstaltungen in der Region war. Ich selbst habe auf ein Einladungsschreiben vom Minister nicht einmal eine Antwort bekommen!

Ihre

Irgard Vogelsang

Jahreshauptversammlung der Jungen Union Georgsmarienhütte

- Grundstein für erfolgreiches Jahr 1994 gelegt -

Am Freitag, dem 7. 1. dieses Jahres, waren viele Mitglieder der Einladung in die Gaststätte Döll gefolgt, um einen neuen Vorstand zu wählen und um noch einmal die Aktivitäten des abgelaufenen Geschäftsjahres zu diskutieren. Als Gast konnte die **Junge Union** dieses Jahr den CDU-Fraktionsvorsitzenden Alex Warner begrüßen.

Neben den Vorstandswahlen, die durch zahlreiche Kandidaturen eine große Bereitschaft zum politischen Engagement in diesem „Superwahljahr 1994“ in der JU Georgsmarienhütte widerspiegeln und die einen sehr jungen Vorstand hervorbrachten, standen besonders der Jahresrückblick des scheidenden Vorsitzenden Olaf Tietz und der Vortrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden über die Ursprünge der Stadt Georgsmarienhütte im Vordergrund. Olaf Tietz ging nochmals besonders auf die Arbeitskreise, das Kinderzeltlager und den Kirmesgetränkstand ein und hob die politische Diskussion innerhalb der JU lobend hervor. Der Schatzmeister Christian Mann, der ebenfalls nicht mehr für einen Vorstandsposten kandidierte, konnte die erfreulichen Ergebnisse der Sparbemühungen vorlegen.

Als neuer Vorsitzender wurde schließlich Thorsten Schoppmeyer,



Auf dem Foto (v. l. n. r.): Christian Hilmes, Florian Dälken, Guido Gartmann, Jens Waltermann, Alan Tanović, Benjamin Dälken, Thorsten Schoppmeyer, Frithjof Heinz, Jochen Pöling. Es fehlt: Eva-Maria Schrader

als Stellvertreter Jens Waltermann gewählt. Als Pressereferenten bestätigten die Anwesenden Christian Hilmes in seinem Amt. Zum neuen Schatzmeister wurde Frithjof Heinz bestimmt, durch dessen Kandidatur sich die gute Zusammenarbeit zwischen der **Jungen Union** und der **Schüler-Union** zeigte. Aus den überdurchschnittlich vielen Kandidaten wurden Jochen Pöling, Eva-Maria Schrader, Florian und Benjamin Dälken sowie Alan Tanović zu Beisitzern gewählt. Für das Jahr 1994 sieht der neue Vorsitzende die Hauptaufgabe im Wahlkampf, in dem die JU die CDU - und hier besonders Irmgard Vogelsang und Christian Wulff -

unterstützen will. Außerdem werde weiterhin viel Wert auf die Mobilisierung von Mitgliedern und Interessierten im Mittelpunkt stehen, wie der Pressereferent Christian Hilmes bestätigen konnte.

Christian Hilmes

Impressum:

Herausgeber: CDU Georgsmarienhütte

Bankverbindung:

Volksbank Georgsmarienhütte e.G.
(BLZ 265 659 28) Kto.-Nr. 17 280 401

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Diether Stonjek, Mozartstraße 10,
49124 Georgsmarienhütte, Tel. 05401/43679

Redaktionsschluß: 24. Februar 1994

Druck: Günter Druck GmbH, GMHütte

Auflage: 12 500

Erscheinungsweise: vierteljährlich

S O W I
FENSTER

Glückaufstraße 178 · 49124 Georgsmarienhütte
Telefon 0 54 01 / 4 35 44

Neue Hausgeräte, defekte Hausgeräte!
Immer den Fachmann rufen!!

Elektro Börger

Ihr Fachmann für Hausgeräte

Klöknerstraße 21

Tel. (0 54 01) 65 05 · Fax 4 55 45



COSMETIC
Dälken
PARFÜMERIE

Kosmetik-Studio
Sonnen-Studio
Fußpflege

Oeseder Str. 115 · Georgsmarienhütte · Tel. 55 27

HOCHBAU
TIEFBAU
INGENIEURBAU
SCHLÜSSELFERTIGES
BAUEN



LÄER+RAHENBROCK
BAUUNTERNEHMUNG

49124 Georgsmarienhütte · Bielefelder Straße 17
Telefon (0 54 01) 4 02 72 · Telefax (0 54 01) 4 02 75

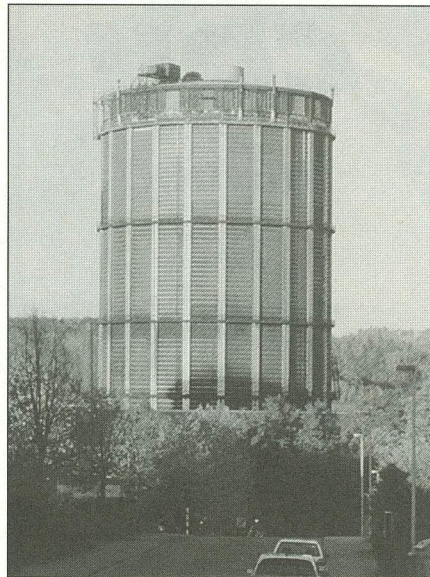
CDU-Bundeskanzleramt und Wirtschaftsministerium sagen Unterstützung für neuen Elektro-Ofen zu

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hornhues hat sich für eine schnelle Verwirklichung des geplanten modernen Elektroofen-Projektes in der Georgsmarienhütte ausgesprochen. „Für das Investitionsprogramm des Stahlunternehmens ist der neue Ofen von allergrößter Wichtigkeit, um die Auftragslage der Hütte zu sichern und um gegen die Konkurrenz zu bestehen.“ In einem Gespräch informierte sich der Bundestagsabgeordnete zusammen mit der Landtagsabgeordneten Irmgard Vogelsang vor Ort über das Vorhaben. An der Unterredung nahmen von Seiten der Geschäftsführung Dr. Jürgen Großmann und von Seiten des Betriebsrates dessen Vorsitzender Friedhelm Brandhorst teil. Außerdem war bei den Gesprächen die Stadt Georgsmarienhütte durch ihren stellvertretenden Bürgermeister Alex Warner und den CDU-Vorsitzenden Heinrich Gartmann vertreten.

Für das hochmoderne Ofen-Projekt hat das Land Niedersachsen bereits Forschungs- und Entwicklungsgelder in Aussicht gestellt. Die Geschäftsführung führt hierüber bereits mit den zuständigen Stellen in Bonn und Brüssel Gespräche. Um weitere und zügige Unterstützung hat daher der CDU-Abgeordnete Hornhues beim Bundeskanzler und

beim Wirtschaftsministerium erworben. Hornhues zu seinen Bemühungen nach dem Besuch bei dem Stahlunternehmen: „Die Stellen in Bonn geben Rückendeckung. Die politische Unterstützung für das Projekt kann gar nicht hoch genug angesiedelt werden.“ Die Investitionskosten belaufen sich auf etwa 100 Millionen Mark.

Hornhues: „Der Gleichstrom-Elektroofen ist bestens geeignet, Qualitäts- und Edelmetalle kostengünstiger als heute zu produzieren. Mit einem neu entwickelten Verfahren zum Wiedereinsatz eisenhaltiger Stäube trägt das Unternehmen dem Recycling- und damit dem Umweltschutzgedanken Rechnung.“ Mit dem gesamten Investitionsprogramm beschreite die Geschäftsführung der Hütte neue Wege, die für den Wirtschaftsstandort Osnabrück zukunftsweisend seien.



Wenn Rot-Grün siegt, kommt Nahverkehrsabgabe

Mit 600 DM jährlich soll jeder in Osnabrück tätige Arbeitnehmer, der mit dem PKW zur Arbeit fahren muß, die Schuldenlast der Stadt Osnabrück senken helfen. Bei 33.697 PKW-fahrenden Pendlern aus dem Stadt-Umland sollen im Säckel der rot-grün geführten Stadt jährlich 22,2 Mio DM zusätzlich klingeln! Dieses geht aus einer Modellberechnung des Niedersächsischen Verkehrsministeriums hervor!

Wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende Bruns am 6. 2. '94 im Landtag bekräftigte, die von den Grünen eingeforderte Belastung der Autobenutzer „ist mit uns nicht zu machen“ kennt er Pläne seiner Partei nicht.

Im Wahlprogramm der SPD ist zu lesen: „Wir werden den Städten und Gemeinden neue Finanzierungsformen eröffnen, um den Betrieb und den Ausbau des ÖPNV zu sichern“. Diese Formulierung bedeutet: „Wir werden den Städten die Einführung einer Nahverkehrsabgabe durch Landesrecht ermöglichen und damit neue Finanzierungsformen eröffnen...“

Daß die Auswirkungen rot-grüner Verkehrs-Blockadepolitik gerade in Osnabrück deutlich spürbar ist, werden viele von Ihnen selbst schon häufig erfahren haben! Die Nahverkehrsabgabe - auch dann, wenn Frauen und Männer auf ihr Fahrzeug angewiesen sind! - ist nichts anderes als „moderne Wegelagererei“ und ein weiterer Akt, die „Bürger abzukassieren“!
Irmgard Vogelsang

Ihre Probleme:
Unser Auftrag!

- Hausmüllabfuhr
- Gewerbemüllabfuhr
- Krandienst
- Grubenentleerung
- Kanalreinigung
- Straßenreinigung
- Tankreinigung
- Ölwehrdienst
- Containerdienst

HHG

Glückaufstraße 13
49124 Georgsmarienhütte
Fernruf: Tag: (054 01) 4 89-0
Nacht: (054 01) 12 44

STADTEREINIGUNG

Holtmeyer

SCHAUEN-SCHAFFEN-SCHENKEN
DAS L'ADCHEN

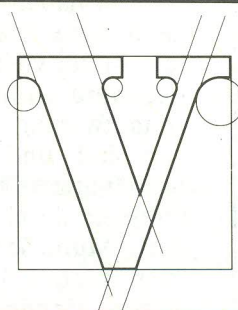
Auf dem Thie 4
49124 GMHütte
Tel. 054 01/86 09 35
Fax 054 01/86 09 50

AVERDIEK+
RECKER GMBH



DACHDECKERMEISTER

Orffstraße 7 · 49124 Georgsmarienhütte
Telefon (054 01) 53 70 · Telefax (054 01) 4 24 51



BERNHARD
VOGELSANG KG
Malermmeister

Wellendorfer Straße 27
49124 Georgsmarienhütte
Telefon (054 01) 54 25

Null Bock auf Wahl

„Bock haben“, Lust haben, etwas zu tun, Spaß haben wollen – ein Begriff der Jugendsprache, griffig und leicht zu verstehen.

„Wahlen“ dagegen antiquiert, verlangt Anstrengung, Entscheidungen, Interesse, Arbeit, eigene Meinung.

Haben oder sein?? Eine bekannte, zutreffende Alternative.

Warum gehen Wähler nicht mehr zur Wahlurne? Diese Frage konnte in der Fernsehsendung „Null Bock auf Wahl“ nicht beantwortet werden. Und daran waren – natürlich – eben die Politiker und Politikerinnen schuld. Wirklich?

Wenn viele Wähler nach fast 50 (!) Jahren ohne Krieg, mit einem fast stetigen wirtschaftlichen Aufschwung, bei funktionsfähiger Verwaltung, einer intakten Infrastruktur, einer gesundheitlichen Versorgung ohne Beispiel, einer Höchstzahl von Studentinnen und Studenten, privaten Ansprüchen auf hohem Niveau keine Lust haben zu wählen, woran mag das wohl liegen? Kurze Antwort: Selbstverständliches schafft keine Zufriedenheit!

Wenn viele Wählerinnen und Wähler den Politikerinnen und Politikern vorwerfen, sie sagten nichts oder trafen die falschen Entscheidungen zur Gentechnologie, Verkehrsberuhigung, Nutzung der Windenergie, Rentenreform, Elend in der Dritten Welt, Armut in Deutschland, Rechtsradikalismus, Drogenproblematik, Vernichtung

des Amazonasregenwaldes, Krieg in Bosnien, Schirinowski und den „Gift“transporten durch die Nordsee, dann erwarten die, die manchmal nur einen engen Ausschnitt dieser Gesamtproblematik betrachten, von einigen gewählten Vertretern einfach zuviel.

Wenn die Medien titeln „Wer ist der Nächste?“, dann wohl nicht aus Sorge um die Demokratie in Deutschland, sondern wohl eher aus Sorge um die Auflage. Wenn die Medien den Eindruck erwecken, daß Politiker und Politikerinnen in der Bundesrepublik faul, bestechlich, machthungrig oder geldgierig oder alles zusammen seien, dann handeln sie nicht nur grob fahrlässig, sie schaffen die Probleme mit, die sie angeblich beseitigen

CDU

wählen

am

13. 3. '94

Nieders.

Landtag

nur noch das „politische Geschäft“ kennen, das aber richtig. Soll heißen, wenn ich als Beruf Politiker angebe, dann will ich auch Bestätigung in diesem Beruf finden, will alles oder zumindest sehr vieles erreichen und scheue ähnlich dem Fußballprofi auch vor einem Foul nicht zurück. Nur ernte ich als Politiker zur Zeit fast nur Pfiffe.

Richtig ist, daß manche Entscheidungen nur sehr zögerlich zustandekommen – Beispiel Pflegeversicherung – und der Kompromiß niemanden zufriedenstellt. Aber wie stellen sich eigentlich die Vertreter von mehr Direktentscheidungen (Volksinitiative, Volksbegehren, Volksbefragung) eine Lösung auf diesem Weg vor? Wie kann in einem derart schwierigen Gebiet vorangesetzt werden, daß sachlich richtig entschieden wird? Oder soll Politik aus dem Bauch heraus gestaltet werden?

Richtig ist auf jeden Fall eines: Die Nichtwählerinnen und Nichtwähler machen es denen, die sie ablehnen, leichter, gewählt zu werden. Sie machen es vor allem denen leichter, die extrem denken, reden und dann vielleicht auch handeln werden. Jetzt gegen die Extremen wählen und dann in den Parteien Verbesserungen erreichen, so könnte ein Handlungskonzept aussehen. Wir brauchen in Deutschland in den Parteien Alternativen, Quereinsteiger und Querdenker und außerhalb der Parteien kritische Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, sich zu entscheiden.

Klaus W. Kafsack

CDU

wählen

am

12. 6. '94

Europa- Parlament

wollen, eine Stimmung nämlich, in der eine breite Schicht der Bevölkerung sich nicht engagieren will.

Richtig ist, daß dieses Engagement schwer ist und durch das Verhalten vieler Politiker und institutionelle Hemmnisse erschwert wird. Der politisch interessierte und engagierte Bürger wird es in einer lockeren Gruppierung mit nur einem Ziel leichter haben sich durchzusetzen, als in einer etablierten „Volkspartei“, in der viele Meinungen austariert werden müssen. Wer weiß, wie zeitaufwendig Parteiversammlungen sind, und wie schwer es ist, Sachargumente gegen Personalinteressen durchzusetzen, der wird diese Mühe scheuen.

Richtig ist, daß viele Vertreter und Vertreterinnen in den Parlamenten

CDU

wählen

am

16. 10. '94

Deutscher Bundestag